

Erfurter Stadtteil Wiesenhügel Interview mit Frau May, Betroffene



(... wo die Kommunale Wohnungsgesellschaft Plattenbauten für 1000 Mieter abreißen will)

A1: Frau M., im Zusammenhang mit unserer Berichterstattung über die Bewohner des Erfurter Stadtteils Wiesen-

hügel. Nach der Wende wurde unserem Antrag auf Rückübertragung entsprochen.

dachlosen gemacht und befanden uns – wie die Thüringer Staatsanwaltschaft 2003 mit ihren Bausachverständigen ermittelte – in akuter Lebensgefahr. Das Mehrfamilienhaus war einsturzgefährdet. Die Stadt verfügte die Zwangsevakuierung in eine Notunterkunft im Nachbargebäude. Auch diese Zwangsmaßnahme wurde von den Gerichten als rechtswidrig ausgeurteilt.

A1: Gab es Personen, die Sie in dieser Zeit unterstützten?

Fr. M.: Ja. Ironischerweise erklärten sich Linke mit uns solidarisch, die damals noch der DDR nachtrauerten.

A1: Blieben die Ihnen treu?

Fr. M.: Lange Zeit. Solange sie Kandidaten für Ämter in der Stadt waren. Als es ihnen gelang, Mandate zu erreichen, brachen sie alle Verbindungen ab und wollten nicht mehr daran erinnert werden.

A1: Was geschah mit Ihrem Haus?

Fr. M.: Es wurde verkauft.

A1: Kennen Sie den neuen Besitzer?

Fr. M.: Es ist ein stadtbekannter Immobilienspekulant, der nach internen Aussagen der Stadt mehr als 20 KoWo-Grundstücke auf die gleiche unrechtmäßige Weise erlangt haben soll.

A1: Vorhin sprachen Sie über eine lange Zeit der Unterstützung durch andere Personen. Sie gaben nicht auf?

Fr. M.: Nein, ich ging den Weg, den ein Rechtsstaat dafür vorsieht. In mehreren Gerichtsurteilen hat der Freistaat Thüringen das rechtswidrige Verwaltungshandeln seiner Kommune, Stadt Erfurt, dazu feststellen lassen. Die Stadt ist rechtskräftig der schuldhaften Amtspflichtverletzungen ausgeurteilt und danach zur Herausgabe meines Eigentums an den Freistaat Thüringen und Wiedereinsetzung in den Wohnbesitz verpflichtet.

(Bitte wenden.)



Quelle: Bernhard Petri

hügel erfuhren wir Ihre Geschichte. Sie erschien uns so ungewöhnlich, dass wir uns nach Neapel oder Sizilien versetzt glaubten, aber nicht in eine ostdeutsche Landeshauptstadt. Um den Zugang für unsere Leser zu erleichtern, beschränken Sie sich bitte auf das Markanteste. Wie begann es?

Fr. M.: Ich bin rechtskräftig festgestellte Erbin eines Mehrfamilienhauses in schöner Lage von Erfurt. Das passte nicht in die politische Landschaft der DDR. Wir wurden enteignet und der VEB Kommunale Wohnungswirtschaft Erfurt-Süd als Rechtsträger in das Grundbuch eingetragen. Zur Miete konnten wir in unserem Haus wohnen

A1: Aber da kam etwas dazwischen?

Fr. M.: Ja. Vor der endgültigen Entscheidung verkaufte die Kommunale Wohnungswirtschaft mbH Erfurt-Süd mit der Stadt Erfurt ohne den dazu erforderlichen Stadtratsbeschluss das Mehrfamilienhaus. Einen Kaufpreis brauchten die Immobilienmakler an die Stadt und KoWo nicht zu zahlen. Wir weigerten uns, auszuziehen, mit Verweis auf unsere gültigen, ungekündigten KoWo-Mietverträge und den erwarteten positiven Bescheid.

Die Stadt erteilte daraufhin die Abrissgenehmigungen und Genehmigungen zur Kappung aller Versorgungsleitungen. Wir wurden praktisch zu Ob-

Erfurter Stadtteil ... (Fortsetzung)

A1: Und?

Fr. M.: Die Stadt tut es nicht. Der Freistaat Thüringen ist wegen der rechtskräftig ausgeurteilten schuldhaften Amtspflichtverletzungen der Kommune verpflichtet, die Urteile gegen die Stadt Erfurt und die KoWo mbH zu vollstrecken und das Grundbuch zu berichtigen

A1: Das scheint ja wie ein früherer Probelauf zum Abriss von 1000 Wohnungen am Wiesenhügel zu sein?

Fr. M.: Natürlich, darum habe ich mich auch dort nicht nur als Betroffene engagiert. Ich wurde gegen Recht und Gesetz enteignet, damit die Stadt mein Eigentum **verschenken** konnte. Ein Kaufpreis ist nicht gezahlt worden und sollte auch nie gezahlt werden!

Sehe ich die Personen, die heute mit Immobilien in der KoWo und der Stadt zu tun haben, so weiß ich, dass einige von ihnen in anderen Städten genauso gehandelt haben. Zuerst ließen sie Plattenbauten abreißen, dann wurde der Baugrund an betuchte Leute zu Dumpingpreisen verkauft (aktuelles Beispiel: beabsichtigter Verkauf Marbacher Gasse). Denken wir uns am Wiesenhügel die zum Abriss vorgesehene Blöcke weg, werden das herrliche Baugrundstücke am Stadtrand: Wald im Hinterland, vom Hang aus ein herrlicher Blick zur Stadt. Natürlich sagt das niemand. Für die Begründung müssen für den Bürger undurchsichtige Rechnungen herhalten. Bei mir hat damals auch niemand gesagt, dass man mein Haus verkaufen will.

A1: Noch mal zum Wiesenhügel. In den örtlichen Zeitungen liest man von Vertretern der Stadt bzw. KoWo, dass man mit solch harten Widerstand nicht rechnete. Und man sei doch den Bürgern mit den neuen Varianten entgegen gekommen.

Fr. M.: Das sogenannte Entgegenkommen besteht darin, dass statt 1000 Wohnungen sofort, jetzt erst mal nur 500 abgerissen werden sollen. Die anderen 500 kämen später dran. Und man drückt auf die Tränendrüse, dass das der KoWo Millionen teurer käme. Wir haben aber zu Beginn unserer Arbeit als Bürgerrat ermittelt, dass die Stadt letztlich bei Ausschöpfen aller Möglichkeiten einschließlich Umziehen in andere Wohngegenden für 240 Betroffene keine Wohnungen mehr hat. Ich habe damals als Einzelne noch eine Wohnung finden können, wenn auch mit vermin-

derter Qualität. Aber für diese 240 gibt es in ganz Erfurt keine!

A1: Also, das sind 240, rechnen wir für jede Wohnung 2 Leute, 480 neue Obdachlose in Erfurt, früher oder später?

Fr. M.: Genau. Und wen es trifft, entscheidet viel der Zufall. Dagegen wollen wir uns wehren.

A1: Apropos Wehren. So richtig geklappt hat das aber nicht, wenn ich Sie recht verstehe. Was ging schief?

Fr. M.: Wir wandten uns mit Gründung unseres Bürgerrats zunächst an DIE LINKE. Eine Tonanlage für Demos und technische Unterstützung für Informationsblätter glaubten wir, sei leicht zu erlangen. Aber wir erhielten gar nichts. Dann wurde eine zweite Bürgerinitiative gegründet. Alles deutet darauf hin, dass das DIE LINKE initiierte. Sie verteilte Infoblätter. Dabei sind die Leute genauso arm wie wir. Da wunderten wir uns schon.

A1: blieb es dabei?

Fr. M.: Ein Betroffener bot Hilfe an. Wir konnten unsere erste Demo vor dem Rathaus durchführen. Weil wir uns wehren, wurden wir pauschalisierend gleich mal als Rechte bezeichnet. Der Vorwand für die Stadt war geschaffen: Mit uns – als Rechte – redet man nicht. Die andere Bürgerinitiative distanzierte sich und der Bürgerratsvorsitzende wurde massiv unter Druck gesetzt. Rechte sind wir nicht und wollen auch nicht so angesehen werden. Der Bürgerrat ist weiterhin mit anderen Personen aktiv.

Die Bürgerinitiative lief mit Vertretern der Stadt über den Wiesenhügel und sah sich die Häuser an. Ihre Demo vor dem Rathaus wurde wegen mangelnder Beteiligung zur Farce.

A1: Wenn man das hört, drängt sich die Vermutung auf: Der Widerstand wurde fast professionell durch Diffamierung und Spaltung gebrochen. Die Methoden erinnern wieder an Neapel und Sizilien. Haben Sie keine Angst? Wovon leben Sie selber?

Fr. M.: Ich bin vereidigte Beamtin des Freistaates Thüringen. Meine vom Freistaat Thüringen nur noch vorbehaltlich gezahlten Bezüge werden von der Stadt Erfurt gepfändet. Die schuldhaft amtspflichtverletzende Kommune (Stadt Erfurt), die das treuhänderisch von der KoWo mbH zu verwaltende Landesgrundeigentum gestohlen hat, pfändet über ihren KoWo-Rechtsanwalt, der auch die mit dem KoWo-Grundeigentum bereicherten Immobilienpekulanten vertritt, in die Bezüge der

geschädigten Landesbeamtin und damit in Leistungen des geschädigten Dienstherrn der Landesbeamtin, des Freistaates Thüringen!

Der geschädigte Freistaat Thüringen hat seit dem 23.09.2003 seine Schadensersatzforderungen gegenüber der Kommune geltend gemacht.

A1: Oh, das ist ein Hammer. Wie passt das zusammen?

Fr. M.: Das weiß ich nicht. Aber Angst habe ich schon. Bei meinem letzten Besuch im Thüringer Landtag wurde ich als eingetragener Besucher ständig von zwei sich abwechselnden Sicherheitsbediensteten begleitet. Einer stand sogar vor der Toilette Wache.

A1: Das würde ich aber eher als Angst vor Ihnen sehen.

Fr. M.: Sie, als Außenstehender, können das so werten. Ich empfinde das anders. Das erinnert mich an die Methoden der Stasi. Mit der habe ich als anerkanntes DDR-Opfer auch und leider ähnliche Erfahrungen.

A1: Wenn ich mir das alles betrachte, sehe ich massive Verstöße gegen die Würde des Menschen und dem Umgang mit Eigentum. Laut Artikel 1 des Grundgesetzes hat der Staat die Würde des Menschen zu schützen. Laut Artikel 14 ist Eigentum geschützt und hat auch dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen. Hielte sich die Stadt Erfurt und die KoWo mbH an diese Vorgaben, könnte es zu solchen Problemen erst gar nicht kommen. Sie hält sich aber nicht daran. Was schlagen Sie vor, was man tun kann?

Fr. M.: Sich wehren. In dieser Gesellschaft bekommt man nur, was man sich erstreitet. **Uns als Einzelne, die Geschwister May in einem Mehrfamilienhaus, konnte man so behandeln.** Wen interessierte das damals wirklich? Aber 1000 Mieter kann man bei gültigen Mietverträgen nicht einfach die Versorgung absperren. Wenn so viele Menschen sich wehren, können selbst alle etablierten Parteien der Stadt zusammen sie nicht aus ihren Wohnungen treiben. Die betroffenen Menschen müssen sich zunächst selbst Würde geben mit Widerstand. Dazu sollten sie sich nicht spalten lassen und nicht vordergründigem Geschwätz glauben.

A1: Frau M., ich danke für das Gespräch. Mit Hochachtung wünsche ich Ihnen und allen Bewohnern des Wiesenhügels viel Kraft für Ihren Widerstand.

Das Gespräch führte Klaus Buschendorf